

KARL DRECHSLER

Prioritäten amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik 1947/48 und die deutsche Frage

In seinem Bericht über die Jalta-Konferenz, den Franklin D. Roosevelt am 1. März 1945, sechs Wochen vor seinem Tod, vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses gab, erklärte er, der Frieden in der Welt könne nicht das Werk *einer* Person, *einer* Partei oder *einer* Nation sein. Es könne nicht ein amerikanischer oder britischer Frieden, ein russischer, französischer oder chinesischer sein. Es müsse ein Frieden sein, der auf den kooperativen Anstrengungen aller beruhe: »Wir müssen die Verantwortung für die Zusammenarbeit der Welt tragen, oder wir werden für einen weiteren Weltkonflikt verantwortlich sein.«¹ Für die Außen- und Sicherheitspolitik hieß das in erster Linie: Fortsetzung der in der Antihitlerkoalition, der *Grand Alliance*, begonnenen und bewährten Kooperation mit der Sowjetunion. Im Gegensatz dazu schrieb der stellvertretende Außenminister (*Under Secretary of State*) der USA Joseph C. Grew am 19. Mai in einem zunächst zur Selbstverständigung, nicht zur Weiterverbreitung gedachten Papier den Satz: »Ein künftiger Krieg mit Sowjet-Rußland ist so sicher, wie nur irgend etwas in dieser Welt sicher sein kann.«² – Zwei Äußerungen, die für unterschiedliche Konzepte, für verschiedene Denkschulen standen, mit gegensätzlichen Varianten für die Nachkriegspolitik des Landes, das als einzige Großmacht ohne Zerstörungen, politisch, militärisch und – im Unterschied zu allen anderen Staaten – *wirtschaftlich* gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen war, international über ein außerordentlich hohes Ansehen verfügte und zur Weltmacht *par excellence* wurde. Mehr als die Hälfte der Weltindustrieproduktion entfiel 1945 und in der ersten Nachkriegszeit auf die USA – etwas Vergleichbares hatte es bis dahin nicht gegeben und sollte es bis heute nicht wieder geben. Neben den Vereinigten Staaten stieg die Sowjetunion in den Rang einer zweiten Weltmacht auf, allerdings primär auf Grund militärischer, nicht wirtschaftlicher Stärke. Sie beanspruchte für sich, *die* Alternative zum Kapitalismus und Zentrum einer weltweiten revolutionären Bewegung zu sein, der die Zukunft gehöre.

Der Präsident – der vier Mal in das Amt gewählte Franklin D. Roosevelt, nach dessen Tod am 12. April 1945 Harry S. Truman – , die Administration, der Kongreß, die Führung der Streitkräfte, die Spitzenvertreter der Wirtschaft, die politische Klasse und die Nation insgesamt standen vor Entscheidungen von ungeheurer Tragweite: Wie sollte die beispiellose Macht des Landes im Innern und nach außen, im Geflecht der internationalen Beziehungen,

Karl Drechsler – Jg. 1932; 1951-1956 Studium der Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Promotion zum Dr. phil.(1962); Dr. sc. phil. (1973) und Professor (1976) am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der ADW 1986-1990. Autor und Ko-Autor, Herausgeber und Mitherausgeber zahlreicher Bücher zur Geschichte der Arbeiterbewegung, des Zweiten Weltkrieges, der internationalen Beziehungen sowie der USA. Veröffentlichung von Aufsätzen in mehr als zehn Ländern.

1 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, Compiled with Special Material and Explanatory Notes by Samuel I. Rosenman, 13 vols., New

York 1938 ff.: 1944-45 vol., New York 1950, S. 579 und 585.

2 Joseph C. Grew:
Turbulent Era: A Diplomatic
Record of Forty Years 1904-
1945, 2 vols.: vol. II, London
1953, S. 1446.

3 Titel eines Buches von
Wendell Willkie, erschienen
1943 in New York.

genutzt werden? In der Schlußphase des Krieges, im Zusammenhang mit der Jalta-, im wesentlichen aber auch noch mit der Potsdamer Konferenz, wurde die von Roosevelt vertretene Variante von namhaften Persönlichkeiten aus Politik und Ökonomie favorisiert. Das Ziel war eine von Verständigung und Kooperation geprägte Nachkriegsordnung mit einer stabilen, florierenden Weltwirtschaft, die den USA mit ihrer allen anderen Staaten weit überlegenen Macht optimale Rahmenbedingungen für die ökonomische Expansion bieten würde. Beträchtliche Teile der politischen Klasse der Vereinigten Staaten gingen zu dieser Zeit noch davon aus, daß nur durch die sicherlich höchst komplizierte und konfliktreiche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion die dafür erforderlichen internationalen Beziehungen geschaffen werden könnten. Diese Variante wurde auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, für die eine Konfrontation mit der UdSSR, ein neuer Krieg oder auch nur die Vorbereitung darauf erst einmal außerhalb aller Vorstellungen lagen. Regierung und Öffentlichkeit in den USA sowie in anderen Ländern der *Grand Alliance* würdigten den sowjetischen Beitrag zum Sieg über Nazideutschland und dessen Verbündete fast euphorisch. Stalin war als »Uncle Joe« zu einer populären Figur geworden, seine Verbrechen der dreißiger Jahre schienen ein für allemal der Vergangenheit anzugehören.

Im kurzen Zeitraum von etwa zwei bis drei Jahren erfolgte eine völlige Neuorientierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, verbunden mit einem grundlegenden Wandel der öffentlichen Meinung. Aus Wohlwollen gegenüber der zweiten Weltmacht wurde Mißtrauen, aus Mißtrauen Feindschaft. Statt der erhofften friedlichen Nachkriegsordnung einer *One World*³ mit kooperativen Beziehungen auch und vor allem zwischen Moskau und Washington kam es zum Kalten Krieg. Für den Wandel auf amerikanischer Seite war ein Bündel von Ursachen ausschlaggebend, die seit dem Marshall-Plan im Sommer 1947, weniger in der Zeit davor, zum Teil allerdings auch auf sowjetischer Seite wirkten, nur mit anderen Vorzeichen, gewissermaßen spiegelbildlich. Da gab es, an erster Stelle zu nennen, massive Macht- und Interessengegensätze, unterschiedliche Wertvorstellungen und Ideologien, divergierende Auffassungen in fundamentalen Fragen von Menschen- und Bürgerrechten, von Freiheit und Demokratie, von Eigentum und sozialer Gerechtigkeit. All das drängte zu Auseinandersetzungen und Konflikten, die aber wohl nicht zwangsläufig und nicht unausweichlich die extreme Form des Kalten Krieges annehmen mußten. Arthur M. Schlesinger, Jr., einer der führenden Historiker der USA, Berater und Biograph von John F. Kennedy, meinte dazu in einem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geschriebenen Beitrag, vielleicht etwas überspitzt: »Unsere Urenkel werden möglicherweise einmal wissen wollen, worin, um Himmels willen, jene Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, die die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten fast dazu brachten, unseren Planeten in die Luft zu sprengen«, sie werden »sehr wahrscheinlich erstaunt sein über die Ursachen des Kalten Krieges, die vielleicht trivial erscheinen mögen, und den in keinem Verhältnis dazu stehenden Auswirkungen, die das unwiderrufliche Ende der

Geschichte hätten bedeuten können«.⁴ Angesichts der überragenden Stärke der USA zeigte sich bald nach 1945 das, was J. William Fulbright einige Jahre später *the Arrogance of Power*, die Arroganz der Macht, nennen sollte, den Glauben oder Irrglauben, für alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Probleme dieses Planeten eine amerikanische Lösung finden zu müssen, die Welt nach eigenen Leitbildern, Vorstellungen und Wünschen gestalten zu können. Der alleinige Besitz der Atombombe in den ersten Nachkriegsjahren verstärkte diese Hybris. Gekoppelt war das Gefühl einer angeblichen Omnipotenz allerdings häufig auch mit überzogenen, fast panikartigen Reaktionen, wenn Entwicklungen aus dem Ruder zu laufen schienen, so z. B. Anfang 1947, als in Washington ein ökonomischer Kollaps Westeuropas mit nahezu apokalyptischen Folgen befürchtet wurde. Eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Übergang der USA zum Kalten Krieg spielte ferner die Revitalisierung alter antikommunistischer und antisowjetischer Klischees, die in den Jahren der Antihitlerkoalition nur zurückgedrängt worden waren. Da gab es aber auch den ehrlichen, verständlichen Wunsch, amerikanische Vorstellungen von *freedom and democracy*, von Gewaltenteilung und Parlamentarismus, von Menschenrechten und Meinungsppluralismus international zu verteidigen und durchzusetzen. So unvollkommen diese Freiheiten und Institutionen auch waren und obwohl sie für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung überhaupt nicht oder nur bedingt galten, sahen viele Amerikaner darin doch zu Recht eine Errungenschaft der Zivilisation, »ein Stück festgeschriebene Fortschrittsgeschichte der Menschheit«, nicht nur »in Brüderlichkeitsphrasen entwickelte Bourgeoisinteressen«, um Begriffe von Hermann Klenner⁵ zu gebrauchen. Gerade die amerikanischen *liberals and radicals*, die vor übermäßiger ökonomischer und politischer Machtkonzentration im eigenen Land warnten, mußten das Fehlen demokratischer Strukturen, unkontrollierte Machtzusammenballung, Machtmißbrauch und eine mögliche Wiederkehr des Terrors der dreißiger Jahre in der Sowjetunion mit besonderer Sorge sehen. Das immer rigorosere Vorgehen Moskaus in den Ländern des sowjetischen Einflußbereichs seit der zweiten Hälfte 1947 bestätigte diese Befürchtungen nicht nur, sondern übertraf sie zum Teil sogar noch. Die Entwicklungen von 1947 und 1948 wurden ferner maßgeblich dadurch bestimmt, daß die beiden Weltmächte sich in ihren Auseinandersetzungen mit Aktionen und Reaktionen gegenseitig immer höher schraubten. Dabei spielten auch *misperceptions*, Mißdeutungen und Fehlinterpretationen sowie mangelndes Verständnis für das Denken und Handeln, für die Befürchtungen und Ängste der anderen Seite eine nicht zu unterschätzende Rolle. So wurde schon vieles von dem sichtbar, was in der Folgezeit den Kalten Krieg prägen sollte. Dazu gehörte mit an erster Stelle das, was Schlesinger in dem schon erwähnten Beitrag *the fallacy of overinterpreting the enemy*, die falsche Überinterpretation des Feindes, nannte.⁶ Die USA – ebenso wie die Sowjetunion – unterstellten der anderen Seite weitgehende aggressive Ziele, die Unfähigkeit zu friedlicher Koexistenz und letztlich das bewußte Streben nach Krieg. Der jeweilige Feind verfügte dieser Meinung

4 Arthur M. Schlesinger Jr.: Some Lessons from the Cold War, in: *Diplomatic History*, vol. 16, no. 1, Winter 1992, S. 51.

5 Hermann Klenner: Menschenrechte zwischen Krieg und Frieden, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1989, Heft 7, S. 588.

6 Schlesinger, S. 51 ff.

nach über einen *master plan*, eine Blaupause der Weltherrschaft, und handelte mit diabolischer Konsequenz, um sein Ziel zu erreichen. Solche Überlegungen wurden für die amerikanische Seite erstmals in einer Denkschrift ausgesprochen, die der Sonderberater Trumans, Clark M. Clifford, diesem im September 1946 vorlegte. Die Hauptgedanken lauteten: Die Führer der Sowjetunion glauben, daß eine friedliche Koexistenz zwischen kommunistischen und kapitalistischen Staaten nicht möglich ist. Den ihrer Ansicht nach unvermeidlichen Konflikt mit den westlichen Demokratien wollen sie nur noch etwas hinausschieben, um ihr Land weiter zu stärken und so auf den *clash* besser vorzubereiten. Die USA müßten stark genug sein, um die Sowjetunion effektiv eindämmen zu können. Sie sollten in der Lage sein, unter bestimmten Umständen einen atomaren und biologischen Krieg zu führen, und davon ausgehen, daß eine Begrenzung atomarer und offensiver Langstreckenwaffen vor allem sie und nicht die Sowjetunion schwächen würde.⁷

Das neue außen- und sicherheitspolitische Konzept von 1947/48 fand seinen Niederschlag in den konkreten Planungen vor allem des Politischen Planungsstabes (*Policy Planning Staff, PPS*) des *State Department*, des Koordinierungskomitees von Außen-, Kriegs- und Marineministerium (*State-War-Navy Coordinating Committee, SWNCC*), der Vereinten Stabschefs (*Joint Chiefs of Staff, JCF*) sowie der *Central Intelligence Agency (CIA)* und des Nationalen Sicherheitsrates (*National Security Council, NSC*), beide am 25. Juli 1947 gegründet. Am 26. September 1947 legte die *CIA* ihren ersten Bericht mit dem Titel »Überblick über die Weltsituation im Hinblick auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten« (*Review of the World Situation as it Relates to the Security of the United States*) vor.⁸ Analoge Berichte wurden von nun an im Abstand von wenigen Wochen den Spitzenvertretern der Administration übergeben. Top-Priorität in der globalen Planung und Politik hatten die Beziehungen zur Sowjetunion. So hieß es: »*Von allen fremden Mächten ist allein die UdSSR in der Lage, die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu bedrohen.*«⁹ Die starken sowjetischen Landstreitkräfte könnten, wie weiter festgestellt wurde, in kurzer Zeit Kontinentaleuropa, den Nahen Osten, den Norden Chinas und Korea überrennen. Da der UdSSR aber die entsprechenden See- und Luftstreitkräfte fehlten, sei sie nicht imstande, einen direkten Angriff auf die USA oder überhaupt größere militärische Operationen außerhalb Europas und Asiens durchzuführen. Deshalb brauche man nicht damit zu rechnen, daß die Moskauer Führung unter den gegebenen Umständen sich für eine offene militärische Aggression entscheiden werde. Zum gleichen Ergebnis kam auch Außenminister George C. Marshall in einer Kabinettsitzung Anfang November 1947: »Ich meine, daß die Gefahr eines Krieges in vielen Kreisen übertrieben wird. Die Sowjetregierung wünscht in absehbarer Zukunft keinen Krieg mit uns, noch erwartet sie einen solchen.«¹⁰ Der schon zitierte Bericht der *CIA* vom 26. September 1947 brachte zum Ausdruck, daß die eigentliche Gefahr für die Vereinigten Staaten nicht in einer sowjetischen Aggression liege, sondern in der Möglichkeit eines ökonomischen Zusammenbruchs von Westeuropa und einer sich daraus ergebenden »Machtübernah-

7 Das Memorandum wurde erst mehr als 20 Jahre später veröffentlicht, in: Arthur Krock: *Memoirs: Sixty Years on the Firing Line*, New York 1968, S. 389 ff., deutsche Übersetzung: *Ich und die Präsidenten. Als Journalist im Weißen Haus*, Gütersloh 1970, S. 269 ff.

8 Veröffentlicht in: *Alternative Concepts of United States Foreign Policy 1943-1947: European and Global Aspects of Postwar Relations with the Soviet Union. Documents, Edited and with an Introduction by Karl Drechsler in Cooperation with Christa Link*, Berlin 1992, S. 221 ff.

9 Ebenda, S. 221 (Hervorhebung von mir – K. D.)

10 National Archives, Washington, D.C. (im folgenden: NA): Department of State, Decimal File 1945-49, Box 3429: *RÉsumÉ of World Situation*, 6. November 1947.

me durch Elemente, die dem Kreml hörig sind«. Unter dem Aspekt ihrer *außen- und sicherheitspolitischen Hauptaufgabe*, die Sowjetunion einzudämmen und das internationale Kräfteverhältnis zu deren Ungunsten zu verändern, müßten die USA die folgenden Prioritäten setzen: 1. Westeuropa, 2. der Nahe und Mittlere Osten, 3. der Ferne Osten.¹¹ Das heißt: die deutsche Frage hatte nicht erste Priorität in der globalen Politik der USA, wie das häufig dargestellt wird, stand allerdings zweifellos auf Platz 1 des übergeordneten Problems Westeuropa. Afrika tauchte in der amerikanischen Prioritätenliste überhaupt noch nicht auf, obwohl das erforderliche Uran für den Bau der Atombomben aus der Provinz Katanga der damals noch belgischen Kolonie Kongo kam. Mittel- und Südamerika wurden als »Hinterhof« der Vereinigten Staaten nicht besonders erwähnt. In einem Papier des SWNCC vom 3. Oktober 1947 hieß es dazu, Lateinamerika sei »kein Krisengebiet im Machtkampf zwischen den USA und der UdSSR«.¹² Einige ergänzende Bemerkungen noch zu den Prioritäten Nr. 2 und 3 der globalen Politik der USA: In prinzipieller Übereinstimmung mit anderen Führungsgremien betonte der NSC am 12. Februar 1948: »Die Sicherheit des östlichen Mittelmeeres und des Nahen Ostens ist lebenswichtig für die Sicherheit der Vereinigten Staaten.«¹³ Diese sei gefährdet, wenn es der Sowjetunion gelänge, Italien, Griechenland, die Türkei oder den Iran unter Kontrolle zu bekommen, was im damaligen offiziellen Sprachgebrauch Washingtons schon ein Sieg linker Kräfte sein konnte. Um einen solchen Fall zu verhindern, müsse die gesamte politische und ökonomische, unter Umständen auch die militärische Macht der USA eingesetzt werden. Das SWNCC stellte in einem Papier vom 3. Oktober 1947 fest, die Länder dieser Region könnten zu einem entscheidenden Faktor der weltweiten Auseinandersetzungen werden: »Mit anderen Worten, unser Kampf gegen die UdSSR kann im Nahen Osten und in Asien verloren werden.« Weiter hieß es, die große Gefahr für die Vereinigten Staaten bestehe darin, daß sie »keine klar umrissene Position zur kolonialen Frage« hätten. Die Sowjetunion dagegen habe »die Sache der nationalistischen Bewegungen mit großem Nachdruck aufgegriffen, indem sie die USA als Helfer der Kolonialmächte abstempelt«.¹⁴ Die 1947/48 erfolgende Neuorientierung der amerikanischen Fernostpolitik – Priorität Nr. 3 – bestand darin, daß nicht mehr China, wie bis dahin angenommen, sondern Japan als wichtigster Verbündeter in dieser Region gelten und aufgebaut werden sollte. In einem Memorandum vom 29. April 1947 stellten die JCS fest, Guomindang-China werde im Fall eines amerikanisch-sowjetischen Konflikts nur dann zu einem wirklichen Verbündeten werden, wenn die USA große Mengen an Waffen, Ausrüstungen und Lebensmitteln liefern würden. Selbst dann bleibe aber zweifelhaft, ob es die amerikanische Kriegführung effektiv unterstützen könne. Eine Kooperation mit Japan dürfte zwar so kurze Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der amerikanischen Bevölkerung sicherlich alles andere als populär sein. Man müsse aber nüchtern davon ausgehen, daß Nippon trotz seiner Niederlage immer noch ein potentiell mächtiges Land sei und nicht für alle Zeiten militärisch machtlos bleiben werde. Nach Meinung der

11 Alternative Concepts, S. 221 f.

12 NA: State Department, Records of Interdepartmental and Intradepartmental Committees (State Department), State – Army – Navy – Air Force Coordinating Committee (SANACC), Box 63, Folder SWNCC 360/3-Sect. 2, Part II, 091.333, Assistance, Foreign Citys.

13 Harry S. Truman Library, Independence, Missouri: Papers of Harry S. Truman, 203 PSF, N.S.C. Meeting No. 6, 2-12-48: The Position of the United States with Respect to Greece.

14 Wie Anmerkung 12: Memorandum: Policies, Procedures and Costs of Assistance by the United States to Foreign Countries.

15 Foreign Relations of the United States (im folgenden: FRUS), 1947, vol. I, Washington 1973, S. 734 ff., 738 ff., deutsch auszugsweise in: Bernd Greiner / Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980, S. 103 ff. (Das Dokument ist vom 29.4.1947, nicht, wie angegeben, vom 9.4.1947).

16 FRUS, 1948, vol. I/2, Washington 1976, S. 510 ff.: Memorandum: Review of Current Trends U.S. Foreign Policy.

17 Alternative Concepts, S. 174.

18 FRUS, 1946, vol. V, Washington 1969, S. 519.

19 Ebenda, S. 536.

Stabschefs sollte man in Japan die einzige Nation sehen, »die eine große Streitmacht unserer ideologischen Gegner im Fernen Osten binden könne, während die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten im Westen eine größere Offensive starten«. Aus diesem Grund müßten die USA Japan mit allen Mitteln unterstützen und es in die Lage versetzen, seine *Volkswirtschaft* und sein *militärisches Potential* wiederaufzubauen.¹⁵ Es sind dies im Prinzip die gleichen Argumente, die damals auch für die Neuorientierung der amerikanischen Deutschlandpolitik angeführt wurden. Der PPS des Außenministeriums riet am 24. Februar 1948, nur mit Einschränkung von einer führenden Rolle der Vereinigten Staaten im Fernen Osten zu sprechen. Die Länder dieser Region befänden sich in einem historischen Umbruch. Es sei durchaus möglich, »daß im Verlauf dieses Prozesses viele Völker für unterschiedliche Zeiten unter den Einfluß Moskaus geraten, dessen Ideologie eine größere Anziehungskraft auf solche Völker ausübt«. Der Planungsstab empfahl, Japan und die Philippinen zu den Ecksteinen eines pazifischen Sicherheitssystems der Vereinigten Staaten zu machen.¹⁶

Aus dem allmählichen Übergang von der Kooperation mit der Sowjetunion zur Konfrontation ergaben sich 1946 neue Akzente auch in der amerikanischen Deutschlandpolitik. Der Leiter der *Division of Central European Affairs* des *State Department* James W. Riddleberger forderte am 28. März eine »Revision unserer politischen Grundsatzpapiere für Deutschland«. ¹⁷ Ausgangspunkt dieser Überlegungen war, mindestens partiell, eine Fehlinterpretation sowjetischer Ambitionen. Maßgebliche Vertreter der amerikanischen Führungskreise glaubten, das unmittelbare Ziel der UdSSR bestehe darin, ganz Deutschland in ihren Macht- und Einflußbereich einzubeziehen, was so nicht zutraf. Daraus leiteten sie die vermeintliche Alternative ab, entweder ganz Deutschland an die Sowjetunion zu verlieren oder Vorbereitungen für die Spaltung des Landes zu treffen. George F. Kennan, der letztere Auffassung schon im Januar 1945 vertreten hatte, schrieb am 6. März 1946 an Außenminister James F. Byrnes, die amerikanische Politik habe zwischen den zwei Möglichkeiten zu wählen, »das verbliebene Deutschland nominal geeint, aber außerordentlich anfällig für sowjetische politische Durchdringung und sowjetischen Einfluß zu lassen«, oder »sich um die Rettung der westlichen Zonen Deutschlands zu bemühen, indem man sie gegen eine östliche Durchdringung abschließt und sie statt in ein geeintes Deutschland in die westeuropäische Region integriert«. ¹⁸ Ähnlich äußerte sich auch der amerikanische Botschafter in Moskau Walter Bedell Smith am 2. April und riet seinem Außenminister, »unser unmittelbares Ziel sollte die Integration der westlichen Zonen Deutschlands in eine auf Westeuropa und die westliche Demokratie orientierte politische Einheit sein«. ¹⁹ Dieses Konzept wurde schließlich Realität, was allerdings noch mehr als drei Jahre dauerte.

Noch gab es viele Bedenken gegen dieses Vorgehen. So legte ein vom *State Department* gebildetes *Committee on Policy Toward Germany*, dem u. a. der schon erwähnte Riddleberger und der bekannte liberale Ökonom John Kenneth Galbraith – unter John F. Kennedy Botschafter in Indien – angehörten, am 13. Sep-

tember 1946 ein Memorandum vor, in dem es hieß, ein neutrales, wirksam entwaffnetes Deutschland gehöre zu den unveränderlichen Zielen amerikanischer Politik. Die Autoren hielten eine Spaltung für unvereinbar mit der ökonomischen Wiederbelebung Deutschlands und dem Beitrag, den es zur ökonomischen Wiederbelebung Europas leisten könne.²⁰ Noch betrachtete man zentrale Verwaltungsbehörden in Deutschland als dringend und notwendig. Die USA müßten sich allerdings jedem sowjetischem Versuch widersetzen, so Riddleberger am 28. März 1946, »die zentrale Maschinerie zu beherrschen«. Zentrale Behörden seien deshalb so aufzubauen, »daß sie schließlich auch in den westlichen Zonen allein genutzt werden können, wenn sich herausstellt, daß die Viermächte-Kooperation bei der Besetzung Deutschlands zusammengebrochen ist«.²¹ Noch wies man den Gedanken zurück, so David Harris, der Stellvertreter Riddlebergers, am 26. März 1946, »die Militärmacht Deutschlands als Gegengewicht gegen Rußland wiederaufzubauen«. Noch wurde ein einheitliches kapitalistisches Deutschland, assimiliert als ein gleicher Partner in einer konstruktiven Weltgesellschaft als die beste der möglichen Varianten angesehen. Die Spaltung Deutschlands sollte erst betrieben werden, wenn alle Hoffnungen auf eine andere Lösung erschöpft seien. Noch hatte man große Furcht vor den Folgen einer Spaltung Deutschlands. Wie Harris betonte, werde diejenige Besatzungsmacht, die sich für die nationale Einheit engagiere, zweifellos den größten Einfluß in Deutschland bekommen, oder, anders formuliert: »wenn die Bevölkerung Westdeutschlands davon überzeugt würde, daß der Kommunismus das bessere Mittel zur Einheit ist, dann würde die Mehrheit kommunistisch werden«. Daraus ergab sich dann die große Frage, ob ein »anständiger Lebensstandard und die Furcht vor dem Kommunismus die Deutschen des Westens dazu bringen kann, ihre Vorkriegshingabe an die nationale Einheit preiszugeben und die Teilung zu akzeptieren«.²²

Die schrittweise Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und der beginnende Kalte Krieg in den Jahren 1947 und 1948 bewirkten in Washington ein neues Herangehen auch an die Deutschlandpolitik. Die Chancen, daß es doch noch ein Arrangement zwischen den beiden Weltmächten geben könnte, wurden immer geringer. Durch die *Containment*-Politik gegenüber der UdSSR mit ihren Prioritäten Westeuropa, Naher und Mittlerer Osten, Ferner Osten erhielten die westlichen Besatzungszonen Deutschlands einen veränderten Stellenwert. In dem bereits zitierten Memorandum der *Joint Chiefs of Staff* vom 29. April 1947 hieß es, Deutschland sei die »potentiell stärkste Militärmacht« Westeuropas. »Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. Mit einem wiedererstarkten Deutschland, das auf der Seite der westlichen Alliierten kämpft, wäre das möglich.«²³ Der *Policy Planning Staff* des *State Department* führte diese Überlegungen in einem Memorandum vom 24. Februar 1948 weiter und versuchte, darüber Klarheit zu gewinnen, wie die angestrebte poli-

20 *Alternative Concepts*, S. 190 ff.

21 *Ebenda*, S. 173.

22 Memorandum »*Future Policy toward Germany*« von Harris für Riddleberger, 26. März 1946, in: *Alternative Concepts*, S. 164 ff., siehe auch S. 180 ff.: weitere Ausarbeitungen von Harris vom 20. April und 1. Mai 1946.

23 Greiner / Steinhaus, S. 104.

24 FRUS, 1948, vol. I/2, S. 510 ff.

25 Alternative Concepts, S. 224 (Hervorhebung von mir – K. D.).

26 Ebenda, S. 231.

27 George F. Kennan: Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925-1950, Stuttgart 1968, S. 496 f. (Aus dem Am.).

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

tische, wirtschaftliche und militärische Union Westeuropas aussehn müsse und welche Rolle die westlichen Besatzungszonen Deutschlands dabei spielen sollten.²⁴ Zum Neuen der Jahre 1947 und 1948 gehörte schließlich die Überzeugung, daß viele der Bedenken, die man 1946 im Hinblick auf einen westdeutschen Teilstaat noch hatte, an Bedeutung verloren. So stellte die CIA in ihrem Bericht über die Weltsituation vom 26. September 1947 fest, in Deutschland habe sich die akute wirtschaftliche Notlage durch die fortbestehende Teilung und die Unsicherheiten über den künftigen Status des Landes zwar verschärft: »Trotzdem erweist sich Westdeutschland resistenter gegenüber kommunistischer Durchdringung als Frankreich und Italien.«²⁵ Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands, besonders des Ruhrgebietes, sei lebenswichtig für die allgemeine Gesundheit Europas, wobei, wie auch in vielen anderen Äußerungen, unter Deutschland jetzt nur noch Westdeutschland und unter Europa nur noch Westeuropa verstanden wurde. So ganz gegenstandslos schien die Befürchtung, man könne sich selbst ungewollt in die Ecke des »Spalters« manövrieren, aber immer noch nicht zu sein. In ihrem Bericht zur Weltsituation vom 14. November 1947 wies die CIA darauf hin, daß die Sowjetunion möglicherweise einen generellen Truppenabzug aus Deutschland (und aus Korea) vorschlagen könnte. Mit Sorge wurde registriert, daß eine Ablehnung durch die USA wahrscheinlich negative Reaktionen in der deutschen Bevölkerung hervorrufen würde, deren Gefühl für die Einheit traditionell stark sei.²⁶

George F. Kennan hatte während seiner Tätigkeit an der Botschaft der USA in Moskau und später als Leiter des *Policy Planning Staff* im *State Department* wesentlich zur Neuorientierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik 1947/48 beigetragen. Gerade ihm kamen aber früher als anderen Zweifel, ob der eingeschlagene Weg richtig sei. Als er im Sommer 1950 vorübergehend aus dem diplomatischen Dienst ausschied, versuchte er, für sich Klarheit über »das amtliche Denken Washingtons« zu gewinnen, wie er es nannte. Sein sarkastisches Urteil: »Die Regierung ist ganz einfach in einem Stadium angelangt, in dem sie Abneigung spürt, sich in der Psychologie unserer Gegner um feinere Unterschiede zu kümmern, weil Spekulationen dieser Art zu unzuverlässig, zu relativ und zu subtil sind, um von Leuten ertragen zu werden, denen die schwere Verantwortung obliegt, Entscheidungen zu treffen, die Krieg oder Frieden bedeuten können.« In solchen Zeiten sei es leichter, den Versuch aufzugeben, Denkprozesse des Gegners zu analysieren. Es erscheine sicherer, »ihm im Zweifelsfall unterschiedslos jeden aggressiven Plan zu unterstellen, selbst wenn sich einige davon gegenseitig ausschließen sollten.«²⁷ – Ähnliches muß allerdings wohl auch über Stalin und die sowjetische Führung des Jahres 1950 gesagt werden.

Anhang

»Zusammenfassung

1. Unter den ausländischen Mächten ist allein die UdSSR in der Lage, die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu bedrohen.
2. Die UdSSR ist gegenwärtig zu einer militärischen Aggression außer-

halb Europas und Asiens unfähig, aber sie ist in der Lage, den größten Teil Kontinentaleuropas, des Nahen Ostens, Nordchinas und Koreas zu überrennen.

3. Es ist unwahrscheinlich, daß die UdSSR unter den gegenwärtigen Bedingungen eine militärische Aggression durchführt. Ihre Politik ist es, einen Krieg zu vermeiden, ihr Kriegspotential aufzubauen und ihren Einfluß und ihre Kontrolle mit politischen, ökonomischen und psychologischen Methoden auszudehnen. Damit betreibt sie bewußt politische, ökonomische und psychologische Kriegführung gegen die Vereinigten Staaten.

4. Die größte Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten ist die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs von Westeuropa und die daraus resultierende Machtübernahme durch kommunistische Elemente.

5. Die Stabilisierung und Gesundung Europas und Asiens wären geeignet, das Kräftegleichgewicht wiederherzustellen und damit die UdSSR in Schranken zu halten.

6. Unter dem Gesichtspunkt, die UdSSR einzudämmen und schließlich das Kräftegleichgewicht wiederherzustellen, gelten für die größeren Regionen Europas und Asiens die Prioritäten:

a) Westeuropa;

b) der Nahe und Mittlere Osten (aber innerhalb der Region ist die Situation in Griechenland von großer Bedeutung und höchster Dringlichkeit, während die Situation im Hinblick auf Palästina außerordentlich gefährlich ist);

c) der Ferne Osten (aber innerhalb der Region ist Japan das einzige Gebiet von Bedeutung, das sich relativ früh zu einem Machtzentrum, als Gegengewicht zum sowjetischen Fernen Osten, entwickeln kann).«

Aus dem Bericht Nr. 1 der CIA »Überblick über die Weltsituation im Hinblick auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten«, 26. September 1947, in: *Alternative Concepts of United States Foreign Policy 1943-1947: European and Global Aspects of Postwar Relations with the Soviet Union. Documents, Edited and with an Introduction by Karl Drechsler in Cooperation with Christa Link, Berlin 1992, S. 221 ff.*